

Bericht

der Diakonie Mitteldeutschland vor der Synode der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland am 15.-17.03.2007

Sehr geehrte Synodale,
liebe Schwestern und Brüder,

den heutigen Bericht möchte ich nach drei Schwerpunkten gliedern. Zunächst möchte ich den Blick – und das ist an dieser Stelle nur punktuell möglich -, auf ein Thema richten, zu welchem wir uns als Diakonie Mitteldeutschland in den vergangenen Monaten wiederholt in die gesellschaftliche Debatte eingebracht, innovative Vorschläge gemacht und auch als potentieller Partner für gute, hilfreiche Ansätze angeboten haben: das Thema Arbeitsmarkt. Dies deshalb, weil Arbeitsmarktfragen sowohl unser Jahresthema „Armut“ als auch Grunddaten unserer diakonischen Arbeit wie das Eintreten für Gerechtigkeit oder Menschenwürde berühren. Aber ich möchte auch einige Schlaglichter auf den aktuellen Stand der Fusion, d. h. auf den Fortgang der internen Arbeitsstrukturen des Verbandes, geben. Schließlich sage ich noch dann noch etwas zum Komplex künftiger Standort und künftige Organisationsstruktur. Zunächst also:

1. Zwei Jahre „Hartz IV“ und das diakonische Modell „Option sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“

Zwei Jahre lang sammeln wir – in unseren Beratungsstellen – nun schon Erfahrungen mit der neuen Sozialhilfe für erwerbsfähige Menschen und deren Familien. Eingebürgert hat sich die Bezeichnung der Grundsicherung für Erwerbslose in der Öffentlichkeit als „Hartz IV“, auch die betroffenen Menschen sagen oft: „Ich lebe auf Hartz IV“. Die Erfahrungen sowohl der von „HARTZ-IV“ betroffenen Menschen als auch die unserer Beraterinnen mit diesem Gesetzeswerk und seinen Folgen sind sehr unterschiedlich. Vielleicht ist es gut zu wissen, mit welcher gesellschaftlichen Dimension wir es hier zu tun haben, also für wie viele Menschen es zutrifft, mit Geldknappheit und ihren Folgen, über die ich in meinem Synodenbericht zum Thema „Armut“ ausführlich berichtet habe, zurecht zu kommen:

- knapp 6 Millionen Menschen leben von Hartz IV, darunter etwa 1,5 Millionen Kinder,
- ca. 2 Millionen Menschen arbeiten als Niedriglöhner in prekären Beschäftigungsverhältnissen (und hätten somit Anspruch auf ergänzendes ALG II, stellen aber oft keinen Antrag),
- 1,5 Millionen Haushalte schützt auch ein Vollzeiteinkommen nicht vor Bedürftigkeit.

Alles in allem sind also in unserem Land ca. 10. Millionen Menschen in dieses Umfeld der Hartz-Gesetze und ihrer Folgen einzuordnen.

Mit der Einführung von Hartz IV sollten insbesondere bürokratische Hürden abgebaut und der „Behördenweg“ erleichtert werden. Alle hilfebedürftigen Menschen sollten durch individuelle und passgenaue Vermittlung besser und schneller in Arbeit oder Fördermaßnahmen vermittelt werden. Aber wie sieht es in der Realität aus?

- Das erste wesentliche Ziel, nämlich die bessere und schnellere Vermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt ist nicht erreicht, weil es an ausreichenden Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten nach wie vor fehlt.
- Die HARTZ-Gesetze haben, da sie weder das soziokulturelle Existenzminimum sicherstellen noch die Kriterien für armutsfeste Grundsicherung erfüllen (nicht nach Bedarfsdeckung, sondern politisch gesetzt), mehr Menschen in prekäre Lebenssituationen gebracht.
- Der Ansatz des Förderns ist deutlich hinter den Ansatz des Forderns zurückgetreten. Sanktionen, Überwachung und Missbrauchsverdacht werden als Mittel gegen die Fehlkalkulation der Kosten eingesetzt.
- Hinzu kommen, worauf sowohl Bundesrechnungshof als auch der „Ombudsrat Hartz IV“ hingewiesen haben, Zuständigkeits- und Organisationsmängel, die eine effiziente Mittelverwendung und Leistungsgewährung verhindern.

Zudem haben sich im Umgang mit den antragstellenden Arbeitslosen bei manchen Behörden bedenkliche Sitten eingestellt. Es gibt Arbeitsgemeinschaften (ARGEN), die dem rechtlich festgelegten Beratungsauftrag nicht ausreichend nachkommen. Die Ansprechpartner dort sind häufig schwer zu erreichen bzw. haben ein Call-Center beauftragt, das Anfragen abwiegelt. Oder die dortigen Mitarbeiter reagieren auf Widersprüche nur telefonisch, so dass keine rechtmittelfähigen Bescheide vorliegen und die Rechtsdurchsetzung für ALG II – Empfangende und somit auch die diakonische Beratungsarbeit bei der Unterstützung der Menschen erschwert wird.

Kritisch anzufragen und rechtlich bedenklich sind auch bestimmte Sachentscheidungen, z.B. bei stationären Aufenthalten (Suchtklinik, Krankenhaus usw.) wird das ALG II in Thüringen und Sachsen-Anhalt flächendeckend um 35 % gekürzt; oder das aktuell in unseren Kirchenzeitungen angesprochene Thema der Anrechnung von Geldgeschenken anlässlich der Konfirmation auf die Grundsicherung. Problematisch ist weiterhin, dass es in der Regel keine einheitliche Linie bei den ARGEN gibt und viele Sachentscheidungen einen großen Ermessensspielraum haben.

Kurz um: Die großen Verwerfungen in der Lohnarbeit haben gravierende Auswirkungen auf die Lebensläufe der Menschen und ein Ende dieser Verwerfungen ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, durch technischen Fortschritt und weitere Produktivitätssteigerungen werden wir auch mittelfristig eine hohe Sockelarbeitslosigkeit von mehreren Millionen Menschen haben. Durchgängige Erwerbsbiographien werden für viele immer seltener. Damit wird das letzte soziale Netz (Hartz IV) für diese Menschen immer wichtiger.

Schon im Mai 2006 hat die Diakonie ein Modell, die „**Option sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – durch Passiv-Aktiv-Transfer**“ vorgestellt, das keine gesellschaftlichen Mehrkosten verursacht und arbeitslosen Menschen wieder die Möglichkeit eröffnen soll, durch „ihrer Hände Arbeit“ den eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Uns geht es dabei um die Schaffung eines **dauerhaften öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der sozialversicherungspflichtig ausgestattet werden muss**, um eine weitere Belastung der Sozialkassen und Altersarmut zu verhindern. Unser Ansatz ist einfach und bestechend zugleich:

- wir nehmen alle heute im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit (Ein-Euro-Job) fließenden Mittel (ALG II, Kosten für Unterkunft, Verwaltung, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) und wandeln diese in einen sozialversicherungspflichtigen Lohn um
- dabei würde die öffentliche Hand etwas mehr als 280 € monatlich je Arbeitslosen sparen und der Betroffene hätte knapp 200 € mehr in der Tasche
- die große Ersparnis der öffentlichen Hand würde sich durch die Rückflüsse in die Sozialkassen ergeben. Wir würden mit unserer „Option“ nachhaltig auch die Sozialkassen (Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung) stärken.
- dabei sind unsere diakonischen Grundsätze: freiwillig und existenzsicher. Die Einsatzfelder müssen wettbewerbsneutral, gemeinnützig und zusätzlich sein, um die Verdrängung regulärer Beschäftigung zu verhindern.

Aber in der Einfachheit liegt auch das Problem: nämlich die föderalen Finanzströme im Sozialgesetzbuch II. Um diese „**Option**“ umzusetzen, braucht es den politischen Willen, die unterschiedlichen Geldtöpfe der Kommunen und des Bundes zu bündeln und zu dem von uns gerechneten sozialversicherungspflichtigen Lohn umzuwandeln. Wir haben verschiedenen Fraktionen der Landtage in Sachsen-Anhalt und Thüringen dieses Modell vorgestellt, sind auf Interesse gestoßen – aber auf nicht mehr. Ähnlich geht es der Bundesebene. Auf meine Nachfrage auf der letzten Leitungskonferenz des DW der EKD, wie denn aus Sicht des Bundesverbandes diese Merkwürdigkeit zu erklären ist, warum ein Modell, das überzeugend die Mittel, mit denen jetzt einfach nur Arbeitslosigkeit finanziert wird, in zwar geförderte, aber doch immerhin in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umwandeln würde, so offensichtlich ignoriert wird, habe ich die lapidare Antwort bekommen: Für die Mehrheit der (konservativen) Politiker ist ein System der dauerhaften Förderung von Arbeit aus Steuergeldern einfach „Sozialismus“, dafür gibt es keine Unterstützung.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass wir einen ähnlichen Ansatz, nämlich das Modell „Bürgerarbeit“, unterstützt haben. Auch die Bürgerarbeit ist nicht das Instrument zur Lösung aller Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Aber alles ist gut, was Menschen eine sinnvolle Tätigkeit eröffnet, ihnen neues Selbstwertgefühl schenkt und hilft, Arbeiten zu erledigen, die so von niemandem ausgeführt werden und doch allen nützen. Die „**Bürgerarbeit**“ in Sachsen-Anhalt (Bad Schmiedeberg, Barleben), die jetzt auch in Thüringen erprobt werden soll, hat hier positive Schlagzeilen gemacht. Wir haben uns in Gesprächen mit der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit in Halle als Partner angeboten, gerade auch mit Blick auf den Raum Altenburg-Schmölln, der als Modellregion vorgesehen ist. Eben deshalb, weil wir Träger in dieser Region haben, wie die „Neue Arbeit“ Altenburg, die genau diese Erfahrungen in der Qualifikation und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen haben, die hier gebraucht werden. Aber auf konkretisierende Gesprächsangebote von unserer Seite gibt es momentan keine Resonanz.

Dennoch bleiben wir hier dran, weil wir überzeugt sind, dass Diakonie und Kirche gefordert sind, sich aktiv einzumischen und kreative Vorschläge zu entwickeln, zumal für das Jahr 2007, wo erneut umfangreiche Arbeitsmarktreformen angekündigt sind. Sie kennen die Stichworte Kombilohn, Ausweitung des Niedriglohnssektors, gesetzlicher Mindestlohn etc. Es ist nötig, deutliche kirchlich-diakonische Positionen zu diesen einzelnen, sehr kontrovers diskutierten Vorschlägen zu formulieren. Denn wir können bei dieser Debatte als Kirche nicht Zuschauer und Zuhörer sein, weil gerade diese Entscheidungen auch immer mit Gerechtigkeit, Teilhabe, Würde zu tun haben.

Vor dem Hintergrund des Jahresthemas „Armut“ in 2006 und 2007 ist es uns in den letzten eineinhalb Jahren durchaus gelungen, als Diakonie in Sachsen-Anhalt und Thüringen die öffentliche Debatte anzuregen. Dabei hatten wir eine hohe Medienresonanz auf unsere Aktionen, Pressemeldungen und Stellungnahmen. Es ist deutlich geworden, dass wir uns als soziale, evangelische Stimme in einem weitgehend säkularen Umfeld hörbar machen können und in unserer anwaltschaftlichen Rolle anerkannt werden.

2. Schwerpunkte der Arbeit der Geschäftsstelle

Wir haben jetzt als Diakonie Mitteldeutschland gut zwei Jahre gemeinsamer Arbeit in einer Geschäftsstelle mit drei Standorten erlebt. Bedingt durch diese dezentrale Organisationsstruktur entsteht gleichbleibend ein hoher Aufwand an Koordination und Reisetätigkeit. Zeitverlust und Kosten sind innerhalb der Arbeitsstrukturen die Folgen. Dies ist eine echte Herausforderung vor allem an eine serviceorientierte Arbeit für unsere Mitglieder. Nach wie vor gibt es diesbezüglich kritische Rückmeldungen, vor allem aus Sachsen-Anhalt, die mangelnde sozialpolitische Präsenz, aber auch den fehlenden direkten Kontakt zu den Mitgliedseinrichtungen beklagen. Kritisiert werden ebenso die schwere Erreichbarkeit der Referenten oder zu lange Bearbeitungszeiten von Anfragen. Diese Kritik hat immer auch zutreffende Anlässe. Doch das konkrete Nachfragen erweist oftmals: Es geht hier auch häufig um eine „gefühlte“ Wirklichkeit, die sich mitunter gar nicht so konkret belegen lässt.

Die Konsequenz für mich bedeutet, dass wir natürlich unsere Schwächen in Organisation und Ablauf beheben müssen. Klar ist aber auch, dass unsere Projekte Standort, Struktur und Organisation, Konsolidierung, Mitgliedsbeiträge, Fachverbände etc. einen enormen Zeit- und Kraftaufwand brauchen, also nicht nebenbei erledigt werden können, sondern natürlich Ressourcen binden, die wir nicht für unsere „normalen“ Aufgaben verwenden können. Trotzdem sind wir nicht erfolglos, sondern gehen an vielen Stellen trotz aller Umstrukturierungen neue, zukunftsweisende Wege. Mit Blick auf das Thema „gefühlte“ Wirklichkeit und Image heißt das: Es gibt einiges, über das sich lohnt, zu berichten! Zum Beispiel:

Öffentlichkeitsarbeit

Seit eineinhalb Jahren gibt es für die Diakonie Mitteldeutschland ein Marketingkonzept. Die Konturen und erste Erfolge dieses Konzepts der integrierten Kommunikation zeichnen sich inzwischen ab. Neben der bereits erwähnten deutlich gesteigerten Presseresonanz, arbeiten wir auch an einer verbesserten Kommunikation mit unseren Mitgliedseinrichtungen und deren Mitarbeitenden. Seit Januar 2007 wird das Rundschreiben der Geschäftsstelle für Mitglieder als „Newsletter“ elektronisch versendet und nur noch in kleiner Auflage für die gedruckt, die noch nicht „online“ erreichbar sind. Informationen sind in Kurzform aufbereitet und mit Links versehen. Dahinter verbergen sich ausführlichere Informationen. Anlagen und Quellen können bei Bedarf geöffnet und ggf. weitergeleitet werden.

Im September hat sich der Vorstand für die Einführung des neuen bundesweiten erweiterten Corporate Designs der Diakonie ausgesprochen, dass in einer Projektgruppe von uns mit diskutiert und entwickelt wurde und von uns als einem der ersten Verbände in Deutschland im vergangenen Oktober übernommen wurde. Anders als inzwischen häufig kolportiert ändert sich an der Marke Diakonie und Kronenkreuz

und der blauen Farbe nichts, als verbindliche Ergänzungsfarbe tritt aber das violett dazu, dass Ihnen als Hausfarbe der EKD bekannt sein dürfte.

In diesem neuen Design stellt sich ab dem 22. März auch unser Internet-Auftritt vor. Nicht nur die Gestaltung wird überarbeitet, sondern auch der gesamte Charakter der Seite wird, der Nutzwert wird in den nächsten Wochen und Monaten steigen.

Eine deutschlandweite Studie aus 2005 belegt, dass die Diakonie als Marke weithin unbekannt ist und hier hinter alle anderen Wohlfahrtsverbände und großen Organisationen zurückfällt. Andererseits zeigt dieselbe repräsentative Befragung, dass die Menschen sehr positive Erfahrungen mit evangelischen Sozialeinrichtungen machen haben – sie werden nur nicht mit dem Begriff Diakonie verbunden. Gemeinsam mit der Diakonie der EKD haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die Marke Diakonie als die soziale Arbeit der evangelischen Kirche bekannter zu machen – auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Konkurrenz in der sozialen Arbeit und schrumpfender staatlicher Leistungen.

Fundraising

Seit dem 01.01.2006 ist in der Geschäftsstelle Referent für Spendenmarketing und Ehrenamt beschäftigt. Für diesen Arbeitsbereich wurde ein Konzept entwickelt, welches Empfehlungen zum Aufbau eines strategischen Fundraising in der Diakonie Mitteldeutschland sowie für die Spendenmarken „Brot für die Welt“ „Diakonie Katastrophenhilfe“ und „Hoffnung für Osteuropa“ enthält. Im vergangenen Jahr sind nachweislich durch Spendenaktionen Mehreinnahmen auf dieses Engagement zurückzuführen. So wurden beispielsweise mit Aktionen wie einem Weihnachtsbrief „Brot für die Welt“, der Fluthilfe für Rumänien oder der Planung für eine Ausstellung „Diakonie in Mitteldeutschland“ im Jahr 2006 insgesamt 93,0 T€ eingenommen. Davon wurden und werden 65 T€ Projekten der Diakonie Mitteldeutschland und 28 T€ Aktionen der ökumenischen Diakonie zugeführt. Darüber hinaus wurden durch den Fundraiser 50 Einrichtungen der Diakonie Mitteldeutschland in individuellen Gespräche, Inhouse-Beratungen oder in Seminaren bezüglich Marketing und Spendenwerbung für die eigene Einrichtung unterstützt.

Fusion der Fachverbände

Gemäß Satzung haben die Fachverbände die Aufgabe, inhaltliche Fragestellungen festzustellen und zu beraten, Empfehlungen zu erarbeiten und die fachliche Zusammenarbeit ihrer Mitglieder sicherzustellen. Sie entwickeln fachverbandspolitische Positionen und beraten insofern den Vorstand des Diakonischen Werkes. Mit der Fusion der Diakonischen Werke begann ebenso der Prozess der Fusionierung der Fachverbände, der fast vollständig abgeschlossen ist. In der Diakonie Mitteldeutschland kam es jedoch nicht nur zur Fusionierung bestehender Fachverbände, sondern auch zu Neugründungen wie beispielsweise die des Fachverbandes Diakonie und Geistliches Leben. Derzeit bestehen elf Fachverbände der Diakonie Mitteldeutschland.

Diakonisches Bildungsinstitut Johannes Falk gGmbH

Zum 01.01.07 wurde – hervorgegangen aus dem Bildungswerk „Die Brücke“ (Eisenach) - das Diakonische Bildungsinstitut als gGmbH gegründet, bei der die Diakonie Mitteldeutschland Mitgesellschafter ist. Dabei wurden die Ev. Fachschule für Diakonie und Sozialpädagogik Johannes Falk in Eisenach – bislang in Trägerschaft der Diakonie Mitteldeutschland - und das Weiterbildungsseminar – bislang ein Referat der Geschäftsstelle in Magdeburg - übertragen. Ziel des Bildungsinstitutes ist es, ein

inhaltlich attraktives, und zukunftsfähiges Bildungsangebot bereitzustellen, welches insbesondere auch dem Anspruch kirchlich-diakonischer Arbeit gerecht wird. Das Fortbildungsprogramm für 2007 enthält über 120 Veranstaltungen, die im gesamten Gebiet der Diakonie Mitteldeutschland stattfinden.

3. Sachstandsbericht Standortumsetzung und Struktur- und Organisationskonzept

3.1 Ausgangssituation

Der Diakonische Rat der Diakonie Mitteldeutschland sprach sich im November 2006 für einen zentralen Standort der Geschäftsstelle in Halle aus und bat den Vorstand ein auf dieser Entscheidung basierendes Struktur- und Organisationskonzept zu entwickeln und ein Finanzierungskonzept für die Machbarkeit vorzulegen. Die Diakonische Konferenz sprach sich per Tendenzbeschluss für eine Unterstützung des Ratsbeschlusses hinsichtlich der Prüfung auf Machbarkeit der Finanzierung eines Standortes in Halle aus.

So laufen im Moment mehrere Prozesse (Standorte, Konsolidierung, Struktur- und Organisationsumbau parallel, die alle miteinander zu tun haben, gleichwohl aber jeweils eigenständige Abläufe und Entscheidungen brauchen.

3.2 Thema „Standort“

Hinsichtlich der Immobilienfindung in Halle fand im Januar 2007 ein Gespräch mit der Oberbürgermeisterin von Halle statt. Hier wurde uns eine erbetene Immobilienliste übergeben, die teils bekannte, teils neue Gebäude aufführte. Ziel des Gesprächs war auch die Klärung der möglichen Unterstützung der Stadt Halle hinsichtlich der Finanzierung eines neuen Standortes. Beim Erwerb einer Immobilie könnten z. Zt von der Stadt Halle für Sanierungsvorhaben bis zu 40 % der förderfähigen Kosten bezuschusst werden.

Es fanden in den folgenden Wochen Begehungen der Objekte statt. Im Ergebnis wurden drei Immobilien in die engere Auswahl genommen. Für diese Immobilien wurden entsprechende Kostenkalkulationen vorgenommen, die neben einem Kauf zum Teil auch eine Anmietung berücksichtigten. Am 8. März haben wir uns im Vorstand auf zwei Optionen für Immobilien festgelegt, auf deren Grundlage jetzt ein Finanzierungskonzept erarbeitet und dem Diakonischen Rat vorgelegt wird. Davor wird es noch Beratungen im Kollegium des Kirchenamtes, im Landeskirchenrat Anhalt und im Wirtschaftsausschuss des Diakonischen Rates geben.

Im konstruktiven Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess zwischen Kirche/Diakonie und Land Thüringen befindet sich seit einiger Zeit die zu klärende Förderfähigkeit durch das Land angesichts eines möglichen Sitzes außerhalb des Bundeslandes. Dazu hat es Gespräche auf den verschiedenen Ebenen gegeben. Eine detailliertere Darstellung hierzu ist an dieser Stelle nicht möglich, da die Gespräche noch im Gang und endgültige Verabredungen noch zu treffen sind.

Selbstverständlich ist, - und nur dies kann die Botschaft an die Thüringer Landesregierung sein - dass die in Thüringen ansässigen diakonischen Träger auch von Halle aus von einer effizient beratenden und für die Interessenwahrnehmung der Diakonie Mitteldeutschland zuständigen Geschäftsstelle betreut werden müssen. Die Diakonie Mitteldeutschland wird als sozialer Dienstleister der Evangelischen Kirchen und größter Wohlfahrtsverband Mitteldeutschlands mit insgesamt rd. 1.200 Einrichtungen und

22.000 Arbeitnehmern ihre Aufgaben auch weiterhin flächendeckend in Thüringen wahrnehmen.

3.3. Struktur- und Organisationskonzept

In Abhängigkeit zu einem zentralen Standort in Halle steht das Struktur- und Organisationskonzept der Geschäftsstelle spätestens für das Jahr 2010, das vom Vorstand und den Bereichsleitungen der Geschäftsstelle in zwei zweitägigen Klausuren entwickelt worden ist.

Im Ergebnis entstand damit ein sogenanntes Zentren-Modell mit einem Zentrum „Profil“ und für den Bereich Soziale Dienste mit den Zentren „FIBA“ (Familie-Intergration-Bildung-Arbeit) und „GPR“ (Gesundheit-Pflege-Rehabilitation) sowie dem Kaufmännischen Bereich. Grundlage für dieses Modell waren u.a. neue Überlegungen zum derzeit gültigen Leistungskatalog.

Nach Vorstellung des Organisationsmodells im Diakonischen Rat erarbeitete eine Arbeitsgruppe einen Stellenplan für 2010 zur Untersetzung des Organisationsmodells. Mit Blick auf eine möglichst sozial verträgliche und sukzessive Umsetzung dieses reduzierten Personalbestandes sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. So hat sich der Vorstand darauf geeinigt, dass beispielsweise ab sofort zum Zeitpunkt des Freiwerdens von Stellen infolge Altersteilzeit oder Kündigung durch Mitarbeiter, strukturelle Überlegungen zu einer Umsetzung des Stellenplanes 2010 führen. Das ist nicht spannungsfrei, weil insbesondere Fachverbände und Einrichtungen schnellst- und bestmöglich ihre Referentenleistung wieder haben wollen, wir aber nicht neue Mitarbeitende unbefristet einstellen können, um dann im Jahre 2010 langjährige Mitarbeitende zu entlassen, die wir jetzt für dieselbe Tätigkeit aufbauend qualifizieren könnten.

Schließlich: Auf Grundlage der vorhandenen kalkulatorischen Daten wurde ein Finanzkonzept einschl. Refinanzierung erarbeitet.

Insgesamt ist deutlich, dass gerade auch dieses Organisations-Modell der künftigen Diakonie Mitteldeutschland und seiner Geschäftsstelle auf einen Standort zugeschnitten ist. Ich betone dies deshalb, weil innerdiakonisch das Meinungsbild hinsichtlich des einen Standortes Halle durchaus noch heterogen ist. Es gibt vereinzelte Voten von Mitgliedseinrichtungen, die jeweils einen Standort in einem Bundesland vorschlagen. Es gibt aber auch die, mit Blick auf die Mitgliederversammlung, noch gewichtigeren Voten von zwei Fachverbänden (Behindertenhilfe Thüringen und Suchtkrankenhilfe), die sich in gleicher Weise positionieren (Erfurt bzw. Eisenach und Magdeburg). Und es gibt eine in dieselbe Richtung gehende Stellungnahme der Mitarbeitenden am Standort Eisenach.

Mit Blick auf die im April stattfindende Mitgliederversammlung und die notwendige erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für eine etwaige Satzungsänderung, sind die von Mitgliedern, Fachverbänden und anderen Interessengruppen dargelegten Voten natürlich nicht unerheblich.

3.4. Die Konstellation EKM – Anhalt - Diakonie

Unser ehrgeiziger Zeitplan und das Verwobensein der Diakonie Mitteldeutschland mit den Kirchen der EKM (und ihrer uns tangierenden Standortdebatte) und (der davon nicht berührten) Landeskirche Anhalts bringt eine ganze Reihe von besonderen Konstellationen mit sich. Die Entscheidung um einen gemeinsamen Standort ist satzungsrelevant. Die dafür vorgesehene Mitgliederversammlung ist am 26. April 2007.

Einen Tag später, am 27. April beginnt die Anhaltische Synode. Die Besonderheit ist, dass im Unterschied zu den Kirchen der EKM in Anhalt Satzungsänderungen des Diakonischen Werkes in der Synode und nicht in der Kirchenleitung beschlossen werden müssen. Eine ordentliche Befassung aber der Ausschüsse anhand von Unterlagen ist nicht möglich, da diese mit einer vierwöchigen Frist versendet werden müssen und in der Regel von den Ausschüssen im Vorfeld der Synode bereits behandelt werden. Auch braucht die Anhaltische Synode erst einmal einen Meinungsbildungsprozess zum Thema Standort Diakonie und den damit verbundenen eigenen Erwartungen (gerade mit Blick auf den in der Satzung fixierten Standort Dessau). Die Vorstellung, mittels einer Tischvorlage und ohne vorherige Meinungsbildung in den Ausschüssen die Zustimmung der Anhaltischen Synode zu einer Satzungsänderung hinsichtlich Standortverlagerung zu bekommen, kann nur als abwegig bezeichnet werden. Insofern braucht es Abstimmungsgespräche zunächst mit dem LKR Anhalts und der Kirchenleitung und eine ausführliche Befassung innerhalb der Synode Anhalts mit diesem Thema, aber auch die Klarheit darüber, welchen Status die Beschlüsse zum Standort auf der Mitgliederversammlung haben sollen und können.

4. Schluss

Liebe Schwestern und Brüder,

im Januar 2001 gab es die erste Klausur der beiden Diakonie-Geschäftsführungen aus der KPS und Thüringen in Bad Sulza. Thema: Kooperation und Fusion. Im März 2002 begann die erste, dann regelmäßig tagende sogenannte Geschäftsführer-Konferenz in Halle, ein halbes Jahr später schon zusammen mit Anhalt in Dessau. Im Januar 2003 starteten die ersten Workshops zum Thema „Fusion“ und im August 2003 gab es auf einer 5-tägigen Klausur in Brotterode den konzeptionellen Durchbruch für die Organisationsstruktur eines neuen gemeinsamen Werkes. Seit dieser Zeit, also seit nunmehr fast vier Jahren, befinden sich die Mitarbeitenden der ehemals drei diakonischen Werke in einem dauerhaften Umstrukturierungsprozess, der für sie zeitweise Arbeitsbelastungen mit sich gebracht hat, die grenzwertig waren und sind. Für mich, der ich die Prinzipien des Qualitätsmanagements mehr und mehr verinnerlicht habe, sind Kritik und Beschwerden immer „Geschenke“, die helfen, die Arbeit noch besser zu machen. Und es gibt natürlich immer etwas besser zu machen. Aber ich gestehe, dass ich staune, wie unsere Mitarbeitenden in den drei Dienststellen in Magdeburg, Dessau und Eisenach in dieser andauernden und gelegentlich belastenden Ausnahmesituation, bei der noch nicht wirklich ein Ende abzusehen ist und in der die meisten neben ihren normalen Aufgaben immer auch noch zusätzliche zu erledigen haben, dies nach wie vor mit außerordentlichem Engagement und Hingabe tun, selbst dann, wenn sie sich andere Entscheidungen wünschen.

Diese ganzen Prozesse machen sich nicht von allein und sie können nur gelingen, wenn anderes zurückstehen muss. Das ist immer kritisch und muss auch kritisch angesprochen werden dürfen. Zugleich aber bitte ich Sie, gerade als Synodale, die Sie meinungsbildend in Ihren Kirchenkreisen wirken, die Anstrengungen der Diakonie Mitteldeutschland auf Ihrem Weg zum modernen, dienstleistungs- und mitgliederorientierten, christlich verwurzelten Wohlfahrtsverband der Evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland fürbittend und unterstützend zu begleiten.

15.03.2007

OKR Eberhard Grüneberg
Vorstandsvorsitzender Diakonie Mitteldeutschland